

Engemann zum Kreiskrankenhaus, 14.12.09

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

wir haben heute drei Vorlagen zum Krankenhaus – ein bemerkenswerter Aktionismus dafür, dass diesem zuständigen Kreistag noch nie das Zukunftskonzept, der so genannte Masterplan, vorgelegt wurde. Ein bemerkenswerter Aktionismus auch beim Thema GmbH – nachdem sich nun über 5 Jahre nichts getan hat, kann es jetzt gar nicht schnell genug gehen und das obwohl die damalige GmbH-Debatte aus der angestrebten Fusion mit dem Rüsselsheimer Krankenhaus entstanden ist und heute ein Fusionspartner weit und breit nicht erkennbar ist.

In diesem Zusammenhang empfinde ich flapsige Äußerungen des Landrats „Die Partner ständen Schlange“ für wenig angemessen, denn auch wir reden ja mit dem einen oder anderen in der Region und wissen wer mit wem spricht bzw. mit wem nicht gesprochen wird. Und bei den Gesprächen ist das Kreiskrankenhaus GG außen vor – mit Ausnahme von Privaten, steht da niemand in der Schlange.

In diesen 5 Jahren gab es wenig Neues. Als wir in die Fusionsdebatte vor 5 Jahren gestartet sind, hatten wir vom Kreiskrankenhaus das allerbeste Bild – wir konnten als Kreis Groß-Gerau vor Kraft kaum laufen ... ich erinnere mich an eine Pressekonferenz (mit Hohl, Kinkel) wo wir gemeinsam für die ablehnende Haltung von Rüsselsheim keinerlei Verständnis hatten, denn GG schrieb schwarze Zahlen, Rüsselsheim tief rote. Nun, aus heutiger Sicht ist unser Eindruck zumindest ein anderer:

Wenn ich mich richtig erinnere, dann hatte BDO damals beide Häuser durchleuchtet – ein Gutachten, das ja unter Verschluss gehalten wurde und uns erst viel später in die Hände fiel. Und es liegt die Vermutung nahe, dass die Rüsselsheimer die Zahlen damals richtig gedeutet haben – denn deutlich wurde in der Folgezeit, dass die Kreisklinik einen erheblichen Investitionsstau vor sich her schob, der sich nun in Form der jährlichen Verlustausgleiche in den Vorlagen wieder findet.

Damit da kein falscher Eindruck entsteht: wir Liberale stehen zu dem Krankenhaus und wir haben noch zu unseren Koalitionszeiten das Investitionsprogramm als Teil des so genannten Masterplans kräftig unterstützt. Wir wollten und wollen dass eine deutliche zweistellige Millionensumme investiert wird, damit das Haus zukunftsfähig wird. Und Sie erinnern sich: Es waren wir, die durch beharrliches Drängen auf den Betrauungsakt die nun zu leistenden Beihilfen durch den Kreis rechtlich auf saubere Füße gestellt haben.

Wir wollten allerdings auch, das haben wir damals mehrfach angesprochen, dass diese Investitionen über ein Sonderprogramm des Kreises abgewickelt werden und nicht über den normalen Wirtschaftsplan, da sich so wie es jetzt gemacht wird die Einmaleffekte aus dem so genannten Masterplan mit den Erfolgen aus dem Tagesgeschäft vermischen und der schädliche Eindruck schlechten Wirtschaftens durch die dauerhaft notwendigen Verlustausgleiche entsteht.

Damals wurde uns mehrfach versichert, es sei anderes nicht möglich – man müsse die „Lücke“ im Eigenbetriebsgesetz ausnutzen – den Zwangsverlustausgleich nach 5 Jahren – damit der RP das bei der Haushaltslage des Kreises mitmache.

Wir erleben heute, dass diese Auskunft einfach falsch war. Der Verlustausgleich findet jährlich statt – muss bei der GmbH ja zwingend stattfinden, da das Haus sonst direkt in die Insolvenz läuft.

Wir werden uns daher beim Wirtschaftsplan enthalten – einerseits weil wir der Art der Finanzierung des Investitionsaufwands so nicht folgen wollen – die daraus resultierende

Außenwirkung ist fatal und es wundert deshalb auch nicht, dass kommunale Partner eben nicht Schlange stehen und zum anderen weil wir nach wie vor eine öffentliche Debatte des so genannten Masterplans fordern, denn die Öffentlichkeit hat Anspruch darauf zu erfahren, wie die Zukunft ihres Krankenhauses abgesichert werden soll.

Neben den Investitionen in das Haus gehören in unseren Augen eine mit den umliegenden Kliniken geplante medizinische Schwerpunktsetzung und eine gesellschaftsrechtliche Kooperation in allen sekundären Bereichen dazu. Wenn es nicht gelingt, das Gerauer Haus in einen Klinikverbund einzugliedern wird das Haus sich als kommunales Krankenhaus nicht dauerhaft in der heutigen Art sichern lassen. Dazu müssen Sie sich nur das von VERDI mitbeauftragte Gutachten von BDO zu den Großkliniken im Ballungsraum ansehen.

Darüber hinaus darf auch darauf hinweisen, dass der so genannte Masterplan das Ärztehaus als ‚zwingend‘ notwendig beschrieben hat und das schon vor 4 Jahren. Nun gibt es mal wieder einen neuen Plan, den Plan 3b wenn ich richtig gezählt habe und einen neuen Investor und wir haben leider nicht den Eindruck, dass der Kreisausschuss das Vorhaben mit dem nötigen Nachdruck verfolgt, denn bis heute gibt es für den Investor keinerlei verbindlichen und belastbare Zusagen über die Absichten des Kreises – weder zum Grundstück, noch zur Frage, was nun mit dem Landratsamt II werden soll. Wir drücken daher ganz fest die Daumen, dass dem Kreis dieser Investor und die Ärzte, die bisher Interesse bekundet haben, nicht wieder abspringen.

Offensichtlich hat auch die SPD die Dramatik jetzt ein Stück weit erkannt und legt dem Landrat die Daumenschraube an – anders kann man die Beschlussfassung über den Zeitplan zur GmbH-Gründung nicht interpretieren. Es ist offensichtlich das schlechte Gefühl der Koalition, dass sich das Ganze bisher so zäh hingezogen hat und man nun einen verbindlichen Zeitplan haben möchte.

Aus unserer Sicht löst die GmbH alleine ohne Partner zwar die Probleme nicht, aber gegen den Zeitplan kann man sich mit Ausnahme des Umstands der kurzen Beratungszeiten – auf die ja die CDU hingewiesen hat – erst mal nichts haben. Wir werden diesem also zustimmen. Aber deutlich sage ich schon heute – wir werden uns die Vorlagen sehr genau ansehen und haben da auch inzwischen genaue Vorstellungen. Insoweit ist die Zustimmung heute keine Vorabzustimmung zu irgendeiner 08/15-GmbH, die dann nichts mehr als unnötiger Aktionismus wäre, vielmehr es der Wunsch, dass uns möglichst mit der GmbH auch ein starker Partner präsentiert werde, mit dem dann eine GmbH auch wirklich Sinn macht. Das dürfte ja, Herr Landrat, kein Problem sein, da die ja Schlange stehen

Und an die SPD – denken Sie daran, dass Sie ja bei unserem Antrag zur Liegenschaftsverwaltung argumentieren, dass eine neue Rechtsform alleine keine Lösungen bringt – mit dieser Feststellung haben Sie zweifellos Recht und das gilt auch beim Krankenhaus.

Und an den Landrat – überlegen sie einmal, ob die vorgesehene Kapitalausstattung wirklich der Weisheit letzter Schluss ist, wenn nur ein schon ab dem ersten Jahr nötiger jährlicher Verlustausgleich immer wieder die Insolvenz abwendet. Das ist bei einer neu gegründeten Gesellschaft kein wirklich schönes Bild, wenn man Partner sucht.

Also, Zustimmung zum Zeitplan mit den Wünschen, die die CDU vorgetragen hat, Enthaltung beim Wirtschaftplan u.a. wegen der Art und Weise der Finanzierung der Investitionen.